Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Personelle Engpässe nicht auf dem Rücken der Auszubildenden austragen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt die hohe Relevanz der Attraktivitätssteigerung und des Imagewandels als eine große Säule im Kampf gegen den Fachkräftemangel der Pflegeberufe fest. Die Qualifikation der Fachkräfte muss oberste Priorität genießen. Eine Voraussetzung für das Gelingen der generalistischen Pflegeausbildung sowie die Senkung der Fluktuationsrate ist vor allem eine hohe Ausbildungsqualität. Bereits vor der Pandemie war es im praktischen Teil teilweise nur unter erschwerten Bedingungen möglich, diese zu gewährleisten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, theoretische oder praktische Ausbildungsabschnitte in den Lehrplänen zur Ausbildung der Pflegefachfrau bzw. des Pflegefachmanns beizubehalten. Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, sicherzustellen, dass trotz der Herausforderungen in der pandemischen Lage die vielen gefundenen Lösungen durch alle Beteiligten an der Ausbildung anerkannt und die Auszubildenden der Pflege nicht als „Lückenbüßer“ oder billige Arbeitskräfte genutzt werden. Die Auszubildenden sollen nicht im Rahmen ihrer Ausbildung zum Testen eingesetzt werden, sondern nach Lehrplan und Ausbildungsabschnitt ihrer Ausbildung nachgehen können.

Begründung:

In der Regierungserklärung vom 27. Januar 2021 hat der Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek angekündigt: Wir brauchen „mutige und radikale“ Ideen, wollen den „Pflegekräften mehr Verantwortung geben und ihnen auch mal Heilkunde übertragen“.

„Die Schicksalsfrage der Generationen, wie wir mit dem Thema Pflege umgehen“, so Staatsminister Holetschek in seiner Ansprache, lösen wir mit der Forderung aus Berlin von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und Familienministerin Franziska Giffey, Azubis in der Pflege als „Engpasslösung“ zu nutzen und dafür Lehrpläne kurzfristig umzustellen, keinesfalls. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert sich hier klar zu positionieren und sich von dieser „Idee“ zu distanzieren. Der hohe Bedarf an Fachkräften ist nicht erst seit der Corona-Pandemie bekannt und wir dürfen jetzt nicht anfangen, Menschen, die sich für diesen Beruf entschieden haben, in ihrer Ausbildung zu „stören“ und keinesfalls hohe Fluktuationszahlen riskieren. Der Vorschlag aus Berlin untergräbt weiterhin den Anspruch der Profession auf adäquate Ausbildungszeit und -qualität. Auch die Berufsverbände haben sich bereits deutlich dagegen ausgesprochen.